

## **Anregung an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt durch den Seniorenbeirat:**

### **Präambel**

Im Namen der Senior:innen unserer Stadt fordern wir den Magistrat auf, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln eine Digitalinitiative für seine Senior:innen zu starten!

Im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge kommt der Kommune eine besondere Verantwortung zu.

Älteren Menschen muss die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

Die Bewältigung des Alltags darf nicht beeinträchtigt werden, weil der Zugriff aufs Internet nicht eingeübt ist. Deshalb müssen alle bestehenden Angebote zur Erlangung dieser Kompetenzen unseren älteren Bürger:innen niedrigschwellig angeboten werden, damit die Selbstbestimmung und Autonomie im Alter gestärkt werden.

Es gibt viele unterschiedliche Angebote stadtweit, die für alle sichtbar in der Stadt mit allen Medien verbreitet und propagiert werden müssen, damit es zum Gesprächsthema am Stammtisch, an der Bushaltestelle und der Supermarktkasse wird. Ältere Menschen haben das Recht, bei der fortschreitenden Digitalisierung unterstützt zu werden, um eine Altersdiskriminierung durch fehlende Angebote zu vermeiden.

Wir betonen das Recht auf ein analoges Leben, aber es gilt auch die Möglichkeiten zu nutzen, ins Internet einzusteigen und davon zu profitieren.

### **Begründung**

Durch die zunehmende Digitalisierung werden viele ältere Menschen in ihrer Alltagsbewältigung eingeschränkt und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen.

Viele Dienstleistungsangebote werden ausschließlich digital angeboten, z.B. die Terminvergabe bei Behörden und Arztpraxen. Aufgrund der Schließung von Bank- und Postfilialen werden auch diese Dienstleistungen nur noch online angeboten.

Eine neue Studie der BAGSO (2022) gibt erstmals einen umfassenden Einblick, welche subjektiven Ausgrenzungserfahrungen ältere Bürger:innen ohne Zugang zum Internet in Deutschland gemacht haben. Die Ergebnisse zeigen, dass hiervon nahezu alle Lebensbereiche betroffen sind.

Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sind deshalb im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge dazu aufgerufen, die digitale Exklusion älterer Bürger:innen ernst zu nehmen und gute digitale wie nicht-digitale Lösungen anzubieten, damit ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben aller Bürger:innen in Deutschland bis ins hohe Alter gewährleistet bleibt.

Im Rahmen der „Digitaloffensive“ sollen in möglichst allen Stadtteilen niedrigschwellige, gut erreichbare, seniorengerechte und möglichst kostenfreie digitale Schulungs- und Beratungsmöglichkeiten angeboten werden, die im besten Fall dann in selbstorganisierte Gruppen münden, die sich gegenseitig unterstützen.

Hierfür müssen entsprechende finanzielle Ressourcen z.B. für Schulungen von Ehrenamtlichen zur Verfügung gestellt werden, die dann als Multiplikatoren fungieren können.

Telefonische Erreichbarkeit, Terminvereinbarungen sowie Sprechstunden in Präsenz der unterschiedlichsten Institutionen sollen auch weiterhin analog und nicht nur digital gewährleistet werden.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die digitale Ausstattung und kostenfreies WLAN in Alten- und Pflegeheimen zu legen.

**Antragsteller:innen:**

Frau Margit Grohmann

Frau Karin Rebenstock

Frau Dr. Renate H. Sterzel

Herr Jean Marie Langlet

Herr Jürgen Oslislok

Herr Pieter Zandee